Horst Möller

Aufklärung und Adel

Das Thema meines Vortrags suggeriert auf den ersten Blick, zwei homogene historische Phänomene hätten sich während des 18. Jahrhunderts gegenübergestellt. Es legt zudem die Vermutung nahe, vom Ende des 17. bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts, also in der Zeitspanne, für die man im historischen Sinn von einer mehr und mehr Breitenwirkung gewinnenden Aufklärung sprechen kann, habe es ein vergleichbar zu identifizierendes Verhältnis von Aufklärung und Adel gegeben. Beide Annahmen, die aus der Themenstellung resultieren, führen in die Irre: Tatsächlich standen sich Adel und Aufklärung nicht als vergleichbare Phänomene gegenüber, tatsächlich waren beide in sich nicht homogen, tatsächlich war, um ein Beispiel zu nennen, aufgeklärte Adelskritik nicht für alle Epochen der Aufklärung ein wichtiges Thema.

Alles, was anfangs klar schien, ist nun unklar, zumindest aber komplexer, als es den Anschein hatte. Woran liegt das? Die Interpretation der Aufklärung als eine sozialgeschichtlich fixierbare, bürgerliche Bewegung entspricht der Realität ebensowenig wie die Annahme, daß die gesellschaftskritische Komponente der Aufklärung überall die gleichen Ansatzpunkte und immer die gleiche Dominanz gehabt hat. Vielmehr liegt dieser Interpretation der Aufklärung ein Modell zugrunde, das Aufklärung und bürgerliche Emanzipation, Aufklärung und Revolution verbindet¹. Diese Konnotationen gab es, doch waren es nicht die einzigen, historisch gesehen überlagern sie sich mit anderen, zuweilen sogar stärker hervortretenden.

I.

Wie lautet also der sozialgeschichtliche Befund, wenn wir das Leitthema der Tagung „Adel und Bürgertum in Deutschland“ mit dem Einzelthema meines Vortrags verbinden? Zunächst haben wir es mit einem Paradox zu tun: Die Maximen und Werte aufgeklärter Gesellschaftskritik im letzten Drittel des 18. Jahrhunderts können mit Fug und Recht als „bürgerlich“ klassifiziert werden. Die Aufklärung insgesamt aber ist mit diesem Begriff nur unzureichend charakterisiert: Zum einen ist der sozialphilosophische Anspruch der Aufklärung grundsätzlich ständetranszendierend, insofern ist die

¹ Vgl. dazu *Horst Möller*, Die Interpretation der Aufklärung in der marxistisch-leninistischen Geschichtsschreibung, in: *Zs. f. Historische Forschung* 4 (1977) 438–472 (Neudruck in: *Geschichtswissenschaft in der DDR*, hrsg. v. *Alexander Fischer* und *Günter Heydemann*, Bd. II [Berlin 1990] 367–402).

bloße Existenz aufgeklärter Gesellschaftskritik Indiz dafür, daß die überkommene ständische Ordnung ihre selbstverständliche Verbindlichkeit verloren hatte, daß der Ordo selbst neu definiert wurde. Zum anderen aber ist die soziale Basis der Aufklärung nicht auf das Bürgertum beschränkt gewesen. Sowenig alle Bürger aufgeklärt waren, sowenig waren alle Aufklärer Bürger.

Ein erheblicher Teil des älteren Stadtbürgertums war für die Aufklärer kaum erreichbar. Dies galt in besonderem Maß für die alten Reichsstädte, Ausnahmen bildeten hier Hamburg, in geringerem Maße wohl auch Frankfurt am Main. Residenzstädte wie Berlin, Braunschweig, München, Universitätsstädte wie Halle, Göttingen, Erlangen oder Königsberg wiesen demgegenüber ein aus Produzenten und Rezipienten der Aufklärung bestehendes Publikum auf.

Die schon von Percy Ernst Schramm erkannte Trennung einer neuen Schicht Bürgerlicher vom älteren Stadtbürgertum² bleibt eine hilfreiche Unterscheidung. Zu diesen neuen Bürgerlichen gehörten die Staatsbediensteten der aufstrebenden Territorialstaaten, professionelle und nebenberufliche Gelehrte, Schriftsteller, Verleger, vor allem aber auch eine wachsende Zahl protestantischer Pfarrer bürgerlicher Herkunft, im letzten Jahrhundertdrittel außerdem nicht wenige Angehörige des katholischen Klerus. Die Ausbildung dieser Schicht bewirkte einen Wandel des sozialen Selbstverständnisses. Sie besaß im überkommenen sozialen Gefüge keinen eindeutig fixierten Platz, insofern sprengte ihre Dynamik langfristig die Statik der ständischen Gesellschaft; für die soziale Konstituierung der Aufklärung gewannen diese Bürgerlichen fundamentale Bedeutung.

Die deutsche Aufklärung ist über weite Strecken Gelehrtenaufklärung gewesen, mit einem primär eher theologischen als sozialen Anliegen, sie hat sich durch die Bindung an den aufstrebenden Territorialstaat in gewisser Weise „etatisiert“, hat die Funktionen staatlicher Ordnung auf die der Gesellschaft übertragen, hat vom Staatsdienst her die gesellschaftliche Hierarchie konzipiert, hat die Funktionselite zunehmend als „allgemeinen“ Stand betrachtet. Hegel³ – in dieser Tradition stehend – definierte später den Beamtenstand als einen Stand, der im frühen 19. Jahrhundert zum eigentlichen Träger politischer und sozialökonomischer Reformen wurde.

Und dieser allgemeine Stand war keineswegs nur bürgerlicher, sondern in erheblichem Maße auch adliger Herkunft. Das kann nur überraschen, wenn man die tatsächliche soziale Heterogenität der aufgeklärten Funktionselite außer acht läßt – oder sie in der erwähnten Verkürzung auf „bürgerliche“ Aufklärung leugnet. Tatsächlich verband die gemeinsame Tätigkeit im Staatsdienst oftmals bürgerliche und adlige Beamte, wenngleich die fortdauernde Privilegierung des Adels für die höheren Ämter, sei es in der Verwaltung, sei es im Offiziersdienst, zunehmend als Ärgernis empfunden wurde.

² Percy Ernst Schramm, *Hamburg, Deutschland und die Welt. Leistung und Grenzen hanseatischen Bürgertums in der Zeit zwischen Napoleon I. und Bismarck* (München 1943) 37.

³ Georg Wilhelm Friedrich Hegel, *Grundlinien der Philosophie des Rechts* (1821), hrsg. v. Johannes Hoffmeister (Hamburg 1955). Vgl. §§ 294, 295, 297, 301 sowie insbes. § 303, „Der *allgemeine*, näher dem *Dienst der Regierung* sich widmende Stand hat unmittelbar in seiner Bestimmung das Allgemeine zum Zwecke seiner wesentlichen Tätigkeit zu haben ...“

So oder so: Zu den Aufklärern, die als Autoren zur Verbreitung aufgeklärter Prinzipien beitrugen, zählten auffallend viele Adlige. Eine Auswertung, die ich früher einmal am Beispiel eines der führenden Organe der deutschen Aufklärung, der seit 1783 (bis 1811 unter dem Titel „Neue ...“) erscheinenden „Berlinischen Monatsschrift“, gemacht habe, zeigt: Unter den ungefähr 300 Autoren waren 45, also 15% adliger, z. T. hochadliger Herkunft. Bei einem Adelsanteil von ungefähr 1% an der Gesamtbevölkerung ist dies zweifellos eine weit überproportionale Beteiligung. Der Theologenanteil war mit 17% ebenfalls überproportional, ebenso der der Gelehrten mit 27% und der Prozentsatz der Staatsbediensteten mit 20%⁴.

Natürlich kann eine solche Auswertung nicht im strengen Sinne als repräsentativ angesehen werden, doch aufschlußreich ist sie allemal, zumal weitere Stichproben bei anderen Zeitschriften – z. B. bei Nicolais „Allgemeiner Deutscher Bibliothek“ mit 433 Mitarbeitern – sowie bei Subskriptionslisten, schließlich auch die soziale Struktur aufgeklärter Gesellschaften dieses Bild bestätigen⁵. Daß dies auch für den Leserkreis gilt, zeigt eine im Ergebnis vergleichbare Auswertung von Nicolais „Beschreibung einer Reise durch Deutschland und die Schweiz im Jahre 1781“, deren 2. Band ca. 1600 Subskribenten hatte.

Die Aufklärung erstreckte sich also tatsächlich auf alle drei Stände, erreichte aber trotzdem nur einen Bruchteil der Bevölkerung, bildete insgesamt also eine kulturelle Avantgarde, die in höheren gesellschaftlichen Schichten stärker reüssierte als in unteren, wenngleich auch hier die Lesefähigkeit in einem solchen Maße zunahm, daß schon die Zeitgenossen meinten, Büchersucht sei ebenso eine Krankheit wie Wassersucht⁶.

Nicht wenige Aufklärer plädierten nun für eine „verhältnismäßige“ Aufklärung, die gerade bei den unteren Ständen auf Zweckmäßigkeit und beruflich-gesellschaftliches Bedürfnis ausgerichtet und folglich beschränkt sein sollte. Diese Position vertrat beispielsweise der preußische Diplomat und Vorkämpfer der Judenemanzipation, Christian Wilhelm von Dohm⁷. Die Gegenposition findet sich bei dem radikalen Aufklärer Johann Adam Bergk. Und Johann Georg Rebmann befand: „Im ganzen, glaub' ich, hat die *Menschheit* durch die zur Mode gewordene Lesesucht auch der niederen Stände gewonnen.“⁸

In dieser Diskussion, die ich hier nur andeuten kann, ging es um die Frage, wieweit die niederen Stände (wozu beispielsweise auch die Bauern gezählt wurden, natürlich aber auch die Dienstboten), bei denen man eine Lesesucht konstatierte, wirklich einer über zweckgebundene Berufsausbildung und über das Lesen- und Schreibenlernen hinausgehenden Bildung bedurften, also einer im neuhumanistischen Sinne aufgefaß-

⁴ Horst Möller, *Aufklärung in Preußen* (Berlin 1974) 251 ff.

⁵ Ebd. Anm. 71 sowie *ders.*, *Vernunft und Kritik, Deutsche Aufklärung im 17. und 18. Jahrhundert* (Frankfurt/Main ³1993) 213 ff., 232 ff.

⁶ So schon Zedlers *Universal-Lexikon* (1733). Vgl. Möller, *Vernunft und Kritik*, 271. Insgesamt: Rudolf Schenda, *Volk ohne Buch* (München 1977).

⁷ Vgl. etwa Christian Wilhelm Dohm, *Über Volkskalender und Volksschriften überhaupt* (Leipzig 1796).

⁸ Andreas Georg Friedrich Rebmann, *Kosmopolitische Wanderungen durch einen Teil Deutschlands*, hrsg. v. Hedwig Voegt (Frankfurt/Main 1968) 54.

ten Bildung um ihrer selbst willen, einer Bildung, die sich nicht auf die Realien und das Praktische beschränkte.

Diese innerhalb der Aufklärung geführte Kontroverse über Volksaufklärung⁹ bezog sich aber nicht auf Adel, Klerus, Bürgertum und Bürgerliche: Kaum ein Aufklärer stellte in Frage, daß diese Stände der Aufklärung bedürften, daß diese Stände potentiell zu den Trägerschichten der Aufklärung gehörten. Insofern entsprach auch die soziale Heterogenität, von der die Rede war, dem gesellschaftlichen Selbstverständnis der Aufklärer.

II.

Wenn trotzdem innerhalb der Aufklärung die Adelskritik im letzten Drittel des 18. Jahrhunderts zunahm, dann lag dies zum einen daran, daß gesellschaftstheoretische und politische Reflexion nun wachsenden Raum innerhalb der Aufklärung gewann und außerdem die sich im Dienste von Staat und Gesellschaft bewährende neue Schicht Bürgerlicher ein soziales Selbstbewußtsein gewann, das sich mit der Benachteiligung gegenüber dem Adel nicht mehr abfinden wollte.

So erklärte Kant: „Jedes Glied desselben [des Gemeinwesens] muß zu jeder Stufe eines Standes in demselben (die einem Untertan zukommen kann) gelangen dürfen, wozu ihn sein Talent, sein Fleiß und sein Glück hinbringen können ...“¹⁰ Kant versteht hier Gleichheit nicht als gesellschaftliche Realität, noch als in der Zukunft erreichbares Ziel, sondern als rechtliche Forderung unter der Voraussetzung gleicher Untertänigkeit.

Sein Postulat richtet sich nicht gegen gesellschaftliche Ungleichheit, sondern gegen Standesvorrechte. Und in diesem Sinne argumentierten auch französische Aufklärer von Voltaire bis zu d'Alembert. Letzterer schrieb am 8. Juni 1770 an Friedrich den Großen: „Es wäre töricht, die Stände gleichmachen zu wollen: es genügt, daß die Menschen vor dem Gesetz gleich sind, und daß die Geburt keine Vorrechte verleiht; hierin allein besteht die Gleichheit.“¹¹

In der deutschen wie in der französischen Aufklärung wird die auf kollektiven Geburtsvorrechten und auf der Prämisse persönlicher Ungleichheit beruhende ständische Gesellschaftsordnung theoretisch abgelöst durch eine auf individuelles Verdienst und Leistung sich gründende funktionale Klassentrennung, die zwar natürliche Gleichheit voraussetzt, gesellschaftliche Ungleichheit aber für unabänderlich hält¹².

⁹ Vgl. exemplarisch: *Reinhard Siebert*, Aufklärung und Volkslektüre (Frankfurt/Main 1978); *Jürgen Voss*, Der Gemeine Mann und die Volksaufklärung im späten 18. Jahrhundert, in: *Vom Elend der Handarbeit*, Hrsg. v. *Hans Mommsen* und *Winfried Schulze* (Stuttgart 1981) 208–233.

¹⁰ *Immanuel Kant*, Über den Gemeinspruch: Das mag in der Theorie richtig sein, taugt aber nicht für die Praxis (1793), in: *Werke in zehn Bänden*, hrsg. v. *Wilhelm Weischedel*, Bd. 9 (Darmstadt 1968) 147.

¹¹ Zit. bei *Paul Hazard*, Die Herrschaft der Vernunft (dt. Hamburg o.J. [1949]) 255.

¹² Vgl. insgesamt *Möller*, Aufklärung in Preußen, 284f.; *ders.*, Fürstenstaat und Bürgernation, Deutschland 1763–1815 (Berlin 1989) 94 ff.

Für diese Position ist der Artikel „Égalité naturelle“¹³ ein aussagekräftiges Beispiel, der im übrigen demonstriert, daß die Mehrheitsmeinung der deutschen Aufklärer keineswegs grundsätzlich von der französischen differierte, also nicht generell sozialkonservativer war.

So postuliert etwa Kant eine Mitbestimmung an der Gesetzgebung, schränkt sie aber auf den Bürger ein, zu dem gehöre, „daß er *sein eigener Herr* (sui iuris) sei, mithin irgend ein *Eigenthum* habe (wozu auch jede Kunst, Handwerk oder schöne Kunst, oder Wissenschaft gezählt werden kann) welches ihn ernährt ...“¹⁴. Während demgegenüber die „Berlinische Monatsschrift“ schon 1786 „ganz genaue Gleichheit der Menschen“ und die Beseitigung ständischer Unterschiede forderte¹⁵, begnügte sich Ernst Ferdinand Kleins „Freyheit und Eigenthum“ (1790) mit der Kritik an der ständischen Ordnung, in der „die *hergebrachten* Rechte nicht auch zugleich *wohlerworben* sind“. Dort findet sich das Postulat, daß in der Gesellschaft „ein jeder so viel gilt, als er werth ist“¹⁶. Und kritisch bemerkt einer der Sprecher (Exetastes) dieses Werkes, in dem sich aufgrund der dialogischen Form präzise Antithesen finden, die innerhalb der Aufklärung diskutiert wurden: „Ich verlange weiter nichts, als daß man den Vornehmen diejenigen Vorrechte nehmen müsse, wodurch sie in den Stand gesetzt werden, die Geringeren zu tyrannisieren.“¹⁷

Im Prinzip lief die dominierende Meinung in diesem Dialog – die neben dem Klein selbst verkörpernden Kleon vor allem Kriton (= Svarez) darstellte – darauf hinaus, dem Adel zwar das Eigentum zu sichern, ihm aber weitergehende Privilegien zu nehmen. In Ansätzen gelang es Svarez, solche Prinzipien in das „Allgemeine Landrecht für die preußischen Staaten“ (1794)¹⁸ hineinzubringen. Das ALR stellte in gewisser Weise eine postume Kodifizierung der friderizianischen Adelspolitik dar. Der Adel blieb zwar unangefochten erster Stand im Staate, seine Privilegien wurden nochmals bestätigt, zugleich aber brachte das ALR seine Funktionalisierung für den Staatsdienst und seine Unterordnung unter den Landesherrn zum Ausdruck, wenn es u. a. hieß, daß dem Adel „nach seiner Bestimmung, die Vertheidigung des Staats, so wie der äußern Würde und innern Verfassung desselben hauptsächlich obliegen“ (ALR § 1). Der in § 35 erfolgenden Privilegierung „Der Adel ist zu den Ehrenstellen im Staate, wozu er sich geschickt gemacht hat, vorzüglich berechtigt“ folgt sogleich die bezeichnende Einschränkung des § 36, daß dem Landesherrn die „Beurtheilung der Tüchtigkeit, und die Auswahl unter mehreren Bewerbern unbenommen ist“.

Die Widersprüchlichkeit des ALR zeigte sich in der Akzentuierung der Funktion des Adels als Herrschaftselite. Wie die Bürgerlichen auch mußte er eine Leistung er-

¹³ Encyclopédie ou Dictionnaire raisonné des sciences, des arts et des métiers, t. 5 (Paris 1755) 415 (Jaucourt).

¹⁴ Kant, a.a.O., 151.

¹⁵ Zit. bei Fritz Valjavec, Die Entstehung der politischen Strömungen in Deutschland 1770–1815 (München 1951) 400.

¹⁶ Ernst Ferdinand Klein, Freyheit und Eigenthum, abgehandelt in acht Gesprächen über die Beschlüsse der Französischen Nationalversammlung (Berlin und Stettin 1790) 31.

¹⁷ Ebd.

¹⁸ Allgemeines Landrecht für die Preußischen Staaten von 1794 (Textausgabe Frankfurt am Main – Berlin 1970).

bringen, zugleich aber wurde die geburtsständisch begründete Privilegierung bekräftigt. Kam also der aufgeklärt-absolute Landesherr einerseits der von den Aufklärern geforderten Funktionalisierung ständischer Unterschiede nach, so konservierte er zugleich ihre ständische Privilegienstruktur. Und diese Widersprüchlichkeit war es, die der Generation der Aufklärer des letzten Jahrhundertdrittels, vor allem aber seit den 1780er Jahren, zunehmend unbefriedigend erschien.

Das gemeine Wohl, das der Staat zu sichern hatte, bedurfte aller nützlichen Stände, und da konnten die unteren gut und gern einen Vorzug vor den oberen haben. So lautete die Maxime der Aufklärer auch dann, wenn sie selbst adliger Herkunft waren wie der Freiherr Knigge: „Ehret alle nützlichen Stände und leidet nicht, daß sich gewisse Classen privilegiert glauben, durch Hochmuth, Unwissenheit und Müßiggang sich über fleißige und bessere Menschen zu erheben! Verbannet auf immer den Wahn, daß Verdienste, persönliche Vorzüge und das Recht auf Ehrenstellen und Staatsbedienungen vererbt und angebohren werden können.“¹⁹ Diese nach 1789 formulierten Sätze orientieren sich nun tatsächlich an bürgerlichen Wertmaßstäben, mit denen der Adel, sofern er bloß Nutznießer von Privilegien war, kritisiert wurde. Fleiß, erworbener Verdienst, Nützlichkeit, Ablehnung angeborener Privilegien – das bürgerliche Programm ist klar.

Sollte man aber meinen, hier handele es sich bloß um die Kritik eines radikalen Aufklärers adliger Herkunft, der trotz seiner Standesvorrechte gesellschaftlich nicht hatte reüssieren können, so greift solche Ideologiekritik zu kurz. Selbst ein konservativer, historisch denkender Aufklärer wie der Osnabrücker Staatsmann Justus Möser konstatierte kurz und knapp: „Wir Unadeliche haben lange genug unter der drückenden Vermuthung gestanden, daß wir von helotischer Herkunft wären. Allein das soll nicht mehr seyn.“²⁰

Der norddeutsche Aufklärer August Hennings griff 1792 sogar ohne Umschweife die enge Verbindung zwischen Monarchie und Adel an, er bestritt nicht die Monarchie, er war kein Republikaner, doch war er überzeugt, daß eine Monarchie sehr wohl ohne Adel existieren könne, nicht aber mehr eine Monarchie ohne das Volk. In seinen „Vorurtheilsfreien Gedanken über Adelsgeist und Aristokratism“ rief Hennings den Adligen zu: „Wissen Sie, daß Könige der Inbegriff der gesammten Rechte der Menschheit sind, die Zusammenhaltung der Gesetzgebung, der Repräsentant der ganzen Nation? Wissen Sie, daß das einzige königliche Vorrecht ist, die Rechte des Volkes zu schützen? Wollen Sie also jenes Vorrecht vertheidigen, so vertheidigen Sie die Volksrechte, das heißt, die Volksfreiheit! Geben Sie sich der Nation, nicht dem Kö-

¹⁹ *Adolph Freyherr Knigge*, Josephs von Wurmbbrand, Kaiserlich abyssinischen Ex-Ministers, jetzigen Notarii caesarii publici in der Reichsstadt Bopfinger, politisches Glaubensbekenntniß, mit Hinsicht auf die französische Revolution und deren Folgen, hrsg. v. *Gerhard Steiner* (Frankfurt am Main 1968) 106.

²⁰ Möser an Thomas Abbt (ca. 10. August 1765), in: *Justus Möser, Briefe*, hrsg. v. *Ernst Beins* und *Werner Pleister* (Hannover u. Osnabrück 1939) 197. Im übrigen heißt es dort: „Der Adel in Deutschland hat eigentlich nicht einmal zur Nation gehört.“ Nahezu ähnlich argumentierte 1789 der Abbé Sieyès gegen den französischen Adel in: *Qu'est-ce que le Tiers état?*

nige, der nicht Sie, sondern eine Nation braucht, um König zu seyn! Seyn Sie Bürger, nicht ein Unding mehr, Adel genannt!“²¹

Hier nun ist die Volkssouveränität an die Stelle des monarchischen Gottesgnadentums getreten, der König ist Funktionsträger geworden, die frühneuzeitliche Adelsnation hatte sich – theoretisch – zur Bürgernation gewandelt²². Vor 1789 hätten diese Worte so nicht geschrieben werden können, aber auch nach Beginn der Französischen Revolution blieben sie in Deutschland noch Programm – ein Programm, das keineswegs alle Aufklärer teilten. Friedrich Nicolai zum Beispiel erklärte die Standesunterschiede, insbesondere aber Adelsprivilegien, historisch und gelangte zu der Schlußfolgerung: In früheren Epochen mochten derartige Privilegierungen vielleicht ihre Berechtigung besessen haben, nicht aber mehr im 18. Jahrhundert.

Die wenigsten Aufklärer verwendeten im übrigen einen rechtlich und historisch angemessen differenzierten Adelsbegriff²³, wie er noch in das ALR Eingang fand. Sie unterschieden lediglich den guten Adligen, der bürgerlichen Tugenden folgte, vom typischen Adel mit kollektiven, als eher standesspezifisch bewerteten Verhaltensweisen.

Zu den wenigen Ausnahmen zählte der Göttinger Staatsrechtler Johann Stephan Pütter, der in seiner 1795 veröffentlichten „Abhandlung über den Unterschied der Stände, besonders des hohen und niedern Adels in Teutschland“ den erblichen Altadel vom Neuadel, den höheren und hohen vom niederen, den republikanischen Stadtadel – die Patrizier – vom landesherrlichen und vom reichsunmittelbaren Adel schied. Pütter erkannte auch, daß die Standesbezeichnung Adel in der gesellschaftlichen Realität „ganz verschiedene Stände ausmachen“ könne, beispielsweise bei hohem und niederem Adel. Dabei attestierte er letzterem: Der niedere Adel könne die „Vorzüge von Bürgern und Bauern haben, ohne deswegen mit dem hohen Adel einerley Stand auszumachen, oder sich nur als eine Abstufung davon ansehen zu dürfen“²⁴.

Aber auch Pütter meinte, eine „völlige Gleichheit und Unabhängigkeit läßt sich schon im bloßen Naturzustande weder in Familien noch in einer größeren Volksmenge denken“²⁵.

Die Fiktion des Naturzustandes, in dem natürliche Gleichheit geherrscht habe, wich zunehmend der historischen Kritik solcher Fiktionen. Zugleich aber erkannten die Aufklärer die Rechtsgleichheit als notwendig. Sie wurde zwar naturrechtlich begründet, nicht selten auch im Sinne christlichen Naturrechts, aber nicht als ethische oder religiös begründete Setzung begriffen. Denn wer hat ihn je gesehen, den natürlichen, den „bloßen“ – also nicht sozial definierten – Menschen?

Auf der anderen Seite brauchten die Aufklärer den Naturzustand, um auf den ge-

²¹ August Hennings, Vorurteilsfreie Gedanken über Adelsgeist und Aristokratism (o.O. 1792) 127f.

²² Vgl. insgesamt Möller, Fürstenstaat oder Bürgernation.

²³ Vgl. den Artikel „Adel“ von Werner Conze, in: Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, hrsg. v. Otto Brunner, Werner Conze, Reinhart Koselleck, Bd. 1 (Stuttgart 1972) 20 ff. Insgesamt auch: Johann Michael von Loen, Der Adel (Ulm 1752).

²⁴ Johann Stephan Pütter, Über den Unterschied der Stände, besonders des hohen und niedern Adels in Teutschland (Göttingen 1795) 19.

²⁵ Ebd. 11.

sellschaftlichen Mißstand der Privilegierung aufmerksam zu machen. Und so ist auch Lessings Wort von 1753 zu verstehen: „Die Natur weis nichts von dem verhaßten Unterschiede, den die Menschen unter sich fest gesetzt haben. Sie theilet die Eigenschaften des Herzens aus, ohne den Edeln und den Reichen vorzuziehen, und es scheint sogar, als ob die natürlichen Empfindungen bei gemeinen Leuten stärker, als bey andern, wären.“²⁶

Und von hier ist es dann nicht weit zu einem beliebten Topos bürgerlicher Adelskritik, die die natürliche, die einfache Tugend der bürgerlichen Schichten mit der geradezu habituellen Untugend des Adels konfrontierte, und in der der gewissenlose adlige Wüstling die keusche Tugend des anständigen Bürgermädchens beschädigte. Das bürgerliche Trauerspiel „Emilia Galotti“ ist nur ein Exempel dieser herzerreißenden literarischen Gattung.

Aber auch dort, wo unser Mädchen anständig bleiben durfte, zeigte sich immer wieder, daß wahre Tugenden doch eher bei Bürgern zu finden seien. Bürgerliche sind auf die inneren Werte, Tugend, Fleiß, Sparsamkeit, Ehrlichkeit, Selbstgenügsamkeit geradezu abonniert. Ihre deutsche Echtheit, Aufrichtigkeit und Innerlichkeit – zuweilen vielleicht etwas ungeschlachtet, doch unverfälscht – steht der höfischen Eitelkeit, der Verschwendungssucht, der bloßen „Politur“, dem bloß äußeren Glanz, der leeren Etikette des in lächerlicher Weise dem Vorbild des französischen Hofes nacheifernden Hofadels gegenüber – eines Hofadels, dessen im Pomp erstarrte Etikette aber, und dies mag ein Schönheitsfleck am deutschen Selbstverständnis sein, nicht erst deutsche Aufklärer kritisierten, sondern schon Molière karikiert und parodiert hatte. Jedenfalls lag hierin ein nationales Identifikationsmuster der sich als bürgerlich verstehenden Aufklärung in Deutschland.

Wesentlicher als diese oftmals moralisch akzentuierte Adelskritik²⁷ war für das Verhältnis bürgerlicher Aufklärer zum Adel aber die Selbsteinschätzung, als ständisches Kollektiv stärker auf Gemeinwohl als auf Eigennutz verpflichtet zu sein und in stärkerem Maße als der Adel die Aufklärung zu fördern. Dies aber schloß, wie immer wieder betont werden muß, die individuelle Zugehörigkeit Adliger – die nicht an als veraltet empfundenen Standesprivilegien festhielten – zur Aufklärung keineswegs aus. Der Adel als Stand wurde immer mehr als dem Fortschritt hinderlich begriffen, galt nicht nur als ökonomisch rückständig, sondern auch als Hindernis für ökonomischen Fortschritt – wie die Zünfte auch. Zu dem Gedanken, solche Standesgrenzen seien menschenunwürdig, traten also zunehmend wirtschaftliche Überlegungen. Wekhrlin etwa attackierte die „fiskalische Tiraney“ des Adels²⁸.

²⁶ Gotthold Ephraim Lessing, *Sämtliche Schriften*, hrsg. v. Karl Lachmann, 3., verm. Aufl. besorgt von Franz Muncker, Bd. 5 (Stuttgart 1890) 69 (1753).

²⁷ Vgl. Johanna Schultze, *Die Auseinandersetzung zwischen Adel und Bürgertum in den deutschen Zeitschriften der letzten drei Jahrzehnte des 18. Jahrhunderts* (1773–1806) (Berlin 1925); Fritz Martiny, *Die Adelsfrage in Preußen vor 1806 als politisches und soziales Problem* (Stuttgart–Berlin 1938); Wolfgang Martens, *Die Botschaft der Tugend. Die Aufklärung im Spiegel der deutschen Moralischen Wochenschriften* (Stuttgart 1971) 370 ff. Möller, *Aufklärung in Preußen*, 296 ff.

²⁸ Vgl. zum häufigen Gebrauch dieses Begriffs: Jean Mondot, Wilhelm Ludwig Wekhrlin. Un publiciste des Lumières (Bordeaux 1986) Bd. 2, 501 ff.; speziell auch zur Adelskritik ebd., 526 ff.

Bürgerliche Tugenden traten mit dem Anspruch auf, allgemeine Tugenden zu sein, eben nicht standesspezifisch beschränkt zu sein, ihr Geltungsanspruch erstreckte sich folglich auf die gesamte Gesellschaft, wenngleich sie nach Meinung ihrer Protagonisten im Dritten Stand ihren Ausgang nahmen: „Wohlthätige Verbesserungen“ (worunter etwa Nicolai Kultur einer Nation, Aufklärung in Gelehrsamkeit und Religion verstand) werden „am sichersten aus der mittlern Klasse des Volks entstehen, wenn diese für die nöthigsten Bedürfnisse des Körpers zu sorgen nicht nöthig hat, und so vorbereitet ist, daß sie *nachdenken* und *thätig seyn will* und *kann*. Sie in diesen Zustand zu bringen, ist die höchste Kunst eines Regenten, und befördert das dauerhafte Wohl einer Nation gewiß mehr, als alle direkten Verordnungen ...“²⁹

Aufklärung galt als Interesse der Menschheit, konsequent wurden die neuen Bürgerlichen als Sachwalter der Menschheit (um mit Hegel zu reden als „Agenten des Weltgeistes“) interpretiert. Ihr gesellschaftlicher Bezugsrahmen kann deshalb nicht mehr die überkommene ständische Ordnung sein, die Auseinandersetzung der Stände am Ende des Ancien régime ist folglich keine bloß ständische Auseinandersetzung mehr, sondern orientiert sich außerständisch in Richtung auf umfassende Kollektive: auf Gesellschaft, Staat, Nation, Menschheit. „Wo *Adel* über die Maßen erhoben wird, muß *Menschheit* weniger gelten.“³⁰ Damit stellten die Aufklärer prinzipiell nicht allein die ständische Ordnung in Frage, sondern alle diejenigen, die an ihr festhielten, unter den Ideologieverdacht, an ständisch-partikularem Eigennutz auf Kosten des Gemeinwohls festzuhalten.

²⁹ *Friedrich Nicolai*, Beschreibung einer Reise durch Deutschland und die Schweiz im Jahre 1781 (Berlin–Stettin 1783–1796) Bd. 3, 923.

³⁰ Ebd., Bd. 5, 283.